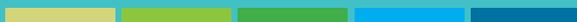


LEITFADEN PARTIZIPATION WINTERTHUR





Impressum

Dani Fels
FHS St.Gallen, Kompetenzzentrum
Soziale Räume SR-FHS
www.fhsg.ch/sozialeraeume

Dezember 2015



In Zusammenarbeit mit den
Fachstellen Stadtentwicklung
und Quartierentwicklung,
Pionierstrasse 7, 8403 Winterthur



INHALTSVERZEICHNIS

LEITFADEN PARTIZIPATION WINTERTHUR

Vorwort	5
Grundbegriffe der Partizipation	6
Voraussetzungen für einen partizipativen Prozess	8
Erfolgsfaktoren der Partizipation	10
Themen und Nicht-Themen der Partizipation	12
Zielgruppen der Partizipation	14
Stufen der Partizipation	16
Einflussmöglichkeiten	18
Checkliste Entscheidungsprozesse	20
Checkliste zur Durchführung	22

STANDARDS DER PARTIZIPATION

Vorbereitung	26
Information	28
Durchführung	30
Besonderheiten bei Kooperation und Mitbestimmung	32
Dokumentation	34

ANHANG

Beispiele » VORBEREITUNG	38
Beispiele » INFORMATION	40
Beispiele » DURCHFÜHRUNG	42
Beispiele » MITBESTIMMUNG UND KOOPERATION	44
Beispiele » DOKUMENTATION	46

VORWORT

Sich engagieren im eigenen Quartier – ja, wenn ich meine Ideen als Quartierbewohnende einbringen kann und weil es motiviert, zusammen mit Gleichgesinnten etwas Nützliches zu entwickeln. Als Verwaltungsstelle Partizipation fördern? Ja, wenn tragfähige Lösungen im Quartier entstehen sollen.

Die Bevölkerung wünscht sich eine aktive Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Partizipation ist ein Bindeglied zwischen der Verwaltung und der Quartierbevölkerung und ist eine Form, wie man die Zusammenarbeit gestalten kann. Partizipation kann äusserst vielfältig gelebt werden. Die Art und Weise und auch die Intensität ist unterschiedlich und immer situationsabhängig. Die Frage ist also nicht ob ja oder nein, sondern wieviel und in welchem Ausmass.

Dazu gibt es Regeln, Checklisten und Hilfen, die aus unzähligen Projekten entstanden sind. Diese Erfahrungen aus Winterthur wurden von der Fachstelle Quartierentwicklung in Zusammenarbeit mit Dani Fels, Dozent an der Fachhochschule St.Gallen, aufbereitet. Die Partizipationsbeispiele aus Winterthur finden Sie im Anhang.

An Kaderworkshops wurde das Thema Partizipation diskutiert und Fachwissen vermittelt. Dieser «Leitfaden Partizipation» soll der Politik, dem städtischen Kader und auch engagierten Personen in den Quartieren Unterstützung bieten. Wann eignet sich welche Form von Partizipation und welche Fragen sind bereits vor Projektbeginn zu klären, dies finden Sie in diesem Leitfaden.

Wir sind gespannt auf Ihre Erfahrungen und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

Mark Würth
Leiter Stadtentwicklung Winterthur

GRUNDBEGRIFFE DER PARTIZIPATION

**KLEINE
DEMOKRATIE**



**GROSSE
DEMOKRATIE**

«Der Begriff **Partizipation** bezeichnet die Teilnahme einer Person oder Gruppe an Entscheidungsprozessen oder an Handlungsabläufen, die in übergeordneten Strukturen oder Organisationen stattfinden. Teilnahme kann mehr oder minder anerkannt, berechtigt und erwünscht sein.»

Wörterbuch der Sozialpolitik

Partizipation ist generell der Oberbegriff für sämtliche Massnahmen und Initiativen, die eine Mitwirkung der Bevölkerung an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen ermöglichen. Die Teilhabe an partizipativen Prozessen ist explizit auch Kindern und Jugendlichen sowie der ausländischen Wohnbevölkerung möglich.

Partizipative Prozesse im Gemeinwesen können, in Abgrenzung zur «grossen» Demokratie (Rahmenbedingungen, Gesetze, Verordnungen), als «kleine» Demokratie bezeichnet werden. Sie unterstützen die Entscheidungs- und Lösungsfindung in Angelegenheiten, welche die Bevölkerung als Betroffene im direkten Umgang miteinander regelt, unterstützt durch städtische Dienstabteilungen mit operativem Bezug zum jeweiligen Thema. «Grosse» und «kleine» Demokratie sollen einander ergänzen.

Partizipation ist immer ein **kommunikativer Prozess**, kein rein formeller. Für partizipative Prozesse gibt es keine Patentrezepte und keine Erfolgsgarantie. Methodisch sind sie jeweils dem Thema, den Beteiligten und dem Ort angepasst. Erfahrungen zeigen, dass die an partizipativen Prozessen beteiligten Bürgerinnen und Bürger hoch motiviert sind, da sie die Möglichkeit erhalten, sich aktiv in auch komplexere Fragestellungen einzuarbeiten und qualifiziert dazu Stellung zu nehmen.

Allgemein lässt sich feststellen, dass sich das zivilgesellschaftliche Engagement weg von traditionellen Gefässen (Parteien, Kirchen, Vereine) verlagert. Auslöser für das Engagement der Bevölkerung ist immer die persönliche Betroffenheit von einem Thema. Das Engagement ist selbstgewählt, themenspezifisch und ohne langfristige Verpflichtung.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINEN PARTIZIPATIVEN PROZESS

POLITISCHES COMMITMENT

**BETROFFENE SIND
INTERESSIERT**

**GESTALTUNGSSPIELRAUM
IST GEGEBEN**

**RESSOURCEN STEHEN ZUR
VERFÜGUNG**

**PARTIZIPATION SETZT
FRÜH EIN**



- 1 Die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger stimmen der Partizipation zu und tragen den Prozess mit (politisches Commitment).
- 2 Betroffene (Bevölkerung, Interessengruppen) sind von einem Vorhaben/einem Thema betroffen oder daran interessiert.
- 3 Es besteht ein Gestaltungsspielraum zur Entwicklung des Vorhabens, die abschliessenden Entscheide sind noch nicht gefällt.
- 4 Die notwendigen zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen für die Partizipation stehen zur Verfügung.
- 5 Die Partizipation setzt so früh wie möglich ein, also dann, wenn noch Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum besteht.

Im Entscheidungsprozess werden diese Fragen geklärt:

- » **Wie ist der Bedarf?** (Was brauchen wir?)
- » **Was ist das Ziel, was der Zweck?** (Wozu brauchen wir das?)
- » **Welche Ressourcen haben wir, welche brauchen wir?** (Womit?)

ERFOLGSFAKTOREN DER PARTIZIPATION

Legitimation
Fairness
Kompetenz
Effizienz

Legitimation

Ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren erfordert klare Legitimation und Regeln. Die Integration der Ergebnisse in den Entscheidungsprozess muss gewährleistet sein. Der Verfahrensablauf ist transparent und nachvollziehbar.

Fairness

Das Verfahren sollte weitgehend ergebnisoffen sein; wenn Einschränkungen bestehen, müssen diese klar kommuniziert werden. Die Beteiligung muss so frühzeitig wie möglich beginnen. Alle Beteiligten müssen die gleichen Chancen, aber auch Rechte und Pflichten besitzen.

Kompetenz

Fachlicher Input in den Prozess muss gewährleistet sein. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, eigenen Sachverstand zu erwerben. Der Prozess wird professionell begleitet und moderiert, z.B. durch den Einbezug der Fachstelle Quartierentwicklung oder bei Bedarf durch das Hinzuziehen von externer und neutraler Expertise.

Effizienz

Das Verhältnis von Aufwand (Zeit und Kosten) zum Nutzen und Ergebnis muss positiv sein.

THEMEN UND NICHT-THEMEN DER PARTIZIPATION

THEMEN

Es geht um . . .

- » Wie können wir . . .
- » Welche Lösungen gibt es für . . .
- » Welche Vor- und Nachteile haben die Alternativen. . .

NICHT-THEMEN

Als Fixpunkte sind zu berücksichtigen . . .

- » die übergeordnete Planung. . .
- » politische Beschlüsse. . .
- » rechtliche Rahmenbedingungen. . .

Partizipative Prozesse sollen grundsätzlich immer an den Interessen und Themen der Bevölkerung orientiert sein, nicht an deren Bedürfnissen, da diese oft zu wenig konkret oder zu offen formuliert sind.

Nur wenn eine persönliche Betroffenheit vom Thema gegeben ist, besteht eine Bereitschaft, sich zu engagieren. Die Bevölkerung muss spüren, dass ihre Themen ernst genommen werden.

Wenn wichtige Themen aufgrund bestehender Rahmenbedingungen oder gesetzlicher Grundlagen nicht partizipativ bearbeitet werden können, soll das transparent begründet werden.

Worum geht es?*

- 1 Worum geht es bei der Planung?
Welches Thema soll bearbeitet werden?
- 2 Gibt es Themen, von denen bereits bekannt ist, dass sie für die Bevölkerung eine hohe Bedeutung haben?
Je mehr die Planung sich an den Themen der Betroffenen orientiert, desto attraktiver wird ein partizipativer Prozess.
- 3 Zu welchen Themen gibt es noch einen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum?
- 4 Welche Themen wollen die Beteiligten voraussichtlich mitgestalten?
- 5 Welche Erwartungen, Interessen, Wünsche und Befürchtungen könnte es geben?
- 6 Welches sind die potentiellen Diskussionspunkte?
- 7 Welche Fixpunkte stehen ausser Diskussion und sind damit Nicht-Themen?
- 8 Sind die Fixpunkte nachvollziehbar zu erklären?

* Eine Auswahl möglicher Fragen.

ZIELGRUPPEN DER PARTIZIPATION





Hauptbetroffene

Alle von einem Thema direkt Betroffenen, wie Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers, bestimmte Gruppen (z.B. Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Seniorinnen und Senioren) und Dienststellen der Verwaltung.

Indirekt Betroffene

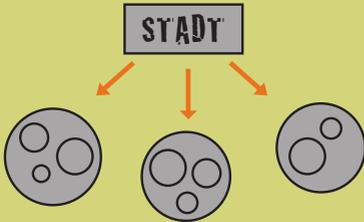
Dienststellen ohne direkten Auftrag in Bezug auf das Thema aber mit Ressourcen für die Lösungsfindung (spezifisches Wissen, fachliche Möglichkeiten, Budgets, Zugang zu Infrastruktur), Vereine und Netzwerke auf Quartierebene, Schulen, Kirchen, lokales Gewerbe, soziale Institutionen und externe Fachleute, die punktuell beigezogen werden.

Interessierte Öffentlichkeit

Leute, die aus persönlichem oder beruflichem Interesse (punktuell) mitwirken möchten, oder die über die Stadtentwicklung oder bestimmte Themen, die sich in einzelnen Quartieren stellen, informiert sein möchten.

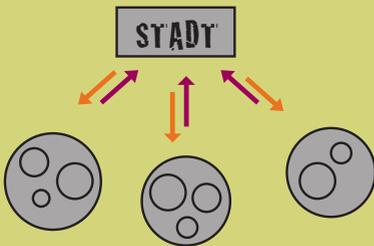


STUFEN DER PARTIZIPATION



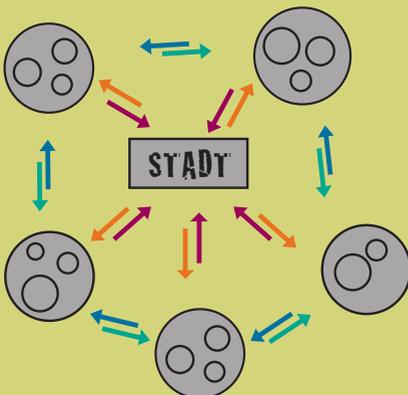
INFORMATION

Die Öffentlichkeit wird über Planungen oder Entscheidungen transparent informiert, sie hat aber keinen Einfluss darauf.



KONSULTATION

Die Öffentlichkeit kann zu Entwürfen Stellung nehmen und ihre Meinung äussern.



KOOPERATION

Die Öffentlichkeit gestaltet ein Vorhaben aktiv mit.

Stufe	Vorteile	Nachteile
Information	<ul style="list-style-type: none"> » Öffentlichkeit kann in ihrer gesamten Breite angesprochen werden » Kreis der Beteiligten ist unbeschränkt 	<ul style="list-style-type: none"> » Keine Rückmeldungen von der Öffentlichkeit, kein Meinungsaustausch, kein Dialog
Konsultation	<ul style="list-style-type: none"> » Öffentlichkeit kann in ihrer gesamten Breite angesprochen werden » Kreis der Beteiligten ist unbeschränkt » Chance, die Meinungen vieler Menschen und Interessengruppen zu erfassen » Öffentliche Diskussionen können angeregt werden » Partizipation ist auf ein konkretes Vorhaben fokussiert » Partizipation ist zeitlich auf eine bestimmte Phase eines Vorhabens konzentriert 	<ul style="list-style-type: none"> » Der vorgelegte Vorschlag/Entwurf kann Widerstand erzeugen, wenn die Öffentlichkeit bei seiner Entwicklung nicht eingebunden war » Reaktiv, nicht interaktiv, wenig Gelegenheit zu Dialog oder Konsensbildung » Aufwand kann gross sein, wenn bei unklaren Stellungnahmen Nachfragen nötig sind » Stellungnahmen können eine weitgehende Überarbeitung des Vorschlags/Entwurfs nötig werden lassen
Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> » Interaktiv, Öffentlichkeit kann ein Vorhaben von Anfang an mitgestalten » Intensive Zusammenarbeit mit betroffener Bevölkerung und Interessengruppen ist möglich » Ein kontinuierlicher Meinungs- und Wissensaustausch findet statt » Eine Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik wird aufgebaut » Konflikte können bereinigt und ein Interessenausgleich gefunden werden 	<ul style="list-style-type: none"> » Aufwändiger, da während des gesamten Entwicklungsprozesses eines Vorhabens Betroffene und Interessengruppen involviert sind » Kreis der Beteiligten ist eingeschränkt, um arbeitsfähige Gruppen zu haben

EINFLUSSMÖGLICH- KEITEN

(MIT-)ENTSCHEIDEN

KOOPERATION

**KONSENSLÖSUNG
ALS EMPFEHLUNG**

KONSULTATION

**IDEEN UND STELLUNG-
NAHMEN ZUR AUSWAHL**



Auf der Stufe KOOPERATION

» (Mit-)entscheiden: Grosser Einfluss

Die Beteiligten entscheiden zum Thema mit. Das setzt voraus, dass die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger die Entscheidungsbefugnisse delegieren oder teilen.

» Konsenslösung als Empfehlung

Die Beteiligten erarbeiten eine Konsenslösung und geben diese als Empfehlung an die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger weiter. Diese berücksichtigen die Vorschläge bei ihrer Entscheidung und informieren die Beteiligten nachvollziehbar, falls sie von der Empfehlung abweichen.

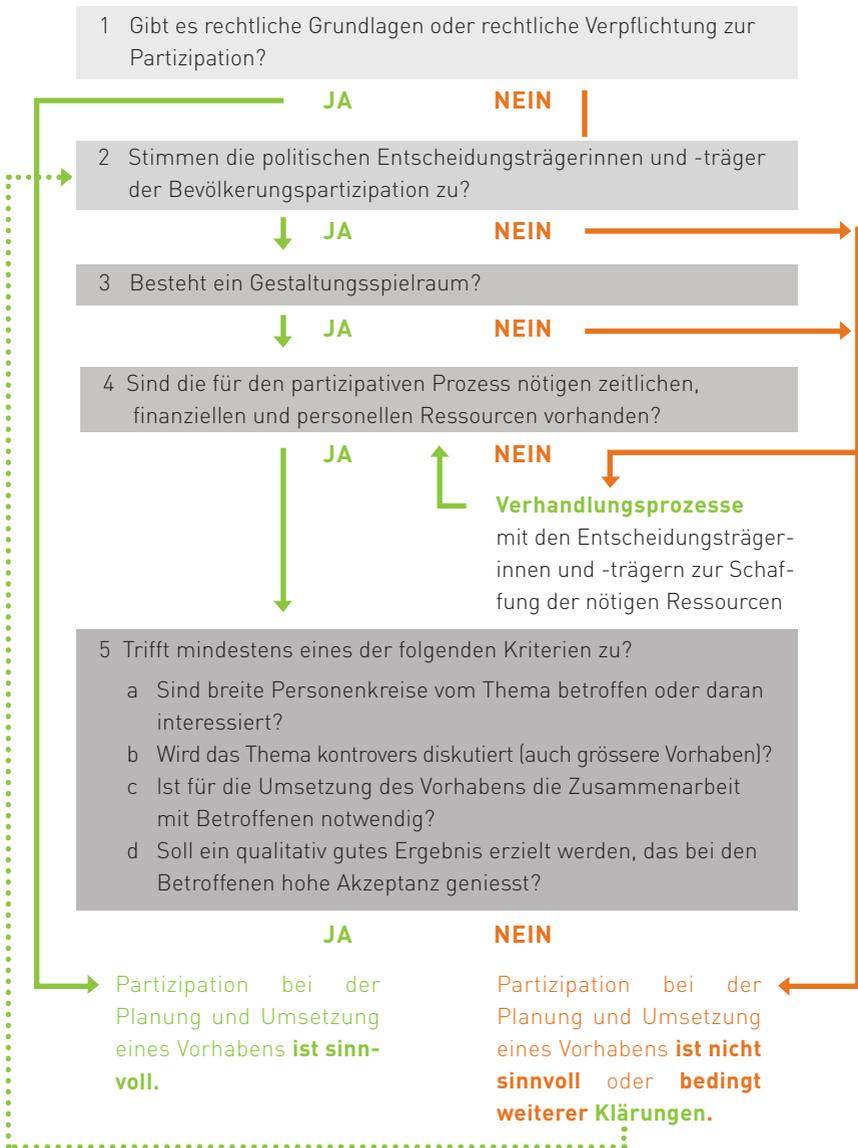
Auf der Stufe KONSULTATION

» Ideen und Stellungnahmen zur Auswahl

Die Beteiligten bringen Anliegen, Vorschläge und Meinungen ein oder sie zeigen Alternativen auf. Verwaltungsmitarbeitende oder Entscheidungsträgerinnen und -träger greifen Passendes für die Planung und Entscheidung auf. Sie dokumentieren für die Beteiligten welche Beiträge eingeflossen sind und welche nicht und warum nicht.

CHECKLISTE ENTSCHEIDUNGS- PROZESSE

Checkliste: Entscheidungsprozess für partizipative Prozesse



Sowohl die Entscheidung für oder gegen einen partizipativen Prozess soll gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

CHECKLISTE ZUR DURCHFÜHRUNG

- » Klare Rahmenbedingungen
- » Realistische Erwartungen
- » Fakten und Unterlagen transparent machen
- » Schriftlich dokumentieren
- » Wertschätzung der Beiträge von Beteiligten

Bei der Planung und Durchführung kann diese **Checkliste** als Orientierung dienen:

Klare Rahmenbedingungen

Der Gestaltungsspielraum, die Ziele und die Einflussmöglichkeiten sind geklärt.

Realistische Erwartungen

Es wird nichts versprochen, was nicht gehalten werden kann. Lieber ein kleiner, überschaubarer Prozess, als Grossprojekte, welche die Erwartungen enttäuschen. Sollte trotzdem mal eine Zusage nicht eingehalten werden können, wird nachvollziehbar kommuniziert und begründet weshalb das der Fall war.

Alle Fakten und Unterlagen transparent machen

Bei vertraulichen Dokumenten wird begründet, weshalb diese nicht zugänglich gemacht werden können. Grundsätzlich gilt: Alle Beteiligten sind auf dem gleichen Wissensstand.

Schriftlich dokumentieren

Der partizipative Prozess soll auch für nicht Beteiligte nachvollziehbar werden.

Wertschätzung der Beiträge der Beteiligten

Die freiwillig mitwirkende Bevölkerung erfährt für ihre Beiträge eine Wertschätzung in angemessener Form.

STANDARDS DER PARTIZIPATION



VORBEREITUNG

ZIELE UND ZIELGRUPPEN FESTLEGEN

**RAHMENBEDINGUNGEN UND
EINFLUSSMÖGLICHKEITEN KLÄREN**

POLITISCHES COMMITMENT EINHOLEN

STUFE DER PARTIZIPATION DEFINIEREN

METHODEN AUSWÄHLEN, KONZEPT ERSTELLEN

ABLAUF UND ZEITPLAN ERSTELLEN

Ziele und Zielgruppen

Zuerst wird geklärt, was mit der Partizipation erreicht werden soll, was also das Ziel des Beteiligungsprozesses ist. Sind die Prozessziele geklärt, werden die Zielgruppen der Partizipation definiert. Bei der Zielgruppenanalyse sind andere Stellen in der Verwaltung (sowohl auf der gleichen als auch auf der nach- oder vorgeschalteten Verwaltungsebene), Interessengruppen, die breite Öffentlichkeit und Fachleute mitzubersüchtigen.

Rahmenbedingungen

Es muss geklärt sein, welche bereits gefallenen Entscheidungen, politischen und technischen Vorgaben und rechtlichen Bestimmungen als Fixpunkte im partizipativen Prozess zu berücksichtigen sind und wo noch Gestaltungsspielraum besteht. Ebenso muss klar sein, um welche Themen es geht und welche Themen nicht behandelt werden.

Politisches Commitment

Das Konzept für den partizipativen Prozess ist mit den politisch Verantwortlichen abgestimmt. Diese unterstützen den Prozess.

Stufe der Partizipation definieren

Es muss definiert sein, wie intensiv die Öffentlichkeit sich beteiligen kann (Information, Konsultation oder Kooperation). Vor- und Nachteile der einzelnen Stufen werden sorgfältig abgewogen.

Methoden auswählen und Konzept erstellen

Für das Ziel und für die Öffentlichkeit geeignete und verständliche Methoden für den Beteiligungsprozess sind ausgewählt. Bei der Methodenwahl wurde darauf geachtet, möglichst alle betroffenen und interessierten Menschen zu erreichen, z.B. durch eine überlegte Kombination von Methoden. Es liegt ein methodisches Konzept vor, das den professionellen Akteuren als verbindliche Orientierung dient.

Ablauf und Zeitplan erstellen

INFORMATION

AKTIVE INFORMATION

AUSGEWOGEN INFORMATION

ZIELGRUPPENSPEZIFISCHE INFORMATION

ANGEPASSTE KOMMUNIKATIONSMITTEL

**TRANSPARENTE INFORMATION
(BEGRÜNDUNG VON ENTSCHEIDUNGEN)**

BARRIEREFREIE KOMMUNIKATION



Die Beteiligten brauchen Informationen zum Gegenstand des partizipativen Prozesses, damit sie sich auf die Inhalte einstellen können. Diese Informationen sollten umfassend und ausgewogen sein, sowie die verschiedenen bestehenden fachlichen Sichtweisen darstellen. Die Unterlagen sollten in einfacher, allgemeinverständlicher Sprache geschrieben und gut zugänglich sein.

Unterstützende Fragen:

- » Um welches Thema und um welche speziellen Aspekte geht es im partizipativen Prozess?
 - » Wie ist der Stand der Diskussion zum Thema und welche fachlichen Sichtweisen gibt es dazu?
 - » Gibt es bereits Analysen, Studien, Medienberichte oder öffentliche Diskussionen zum Thema? Wo sind diese zu finden?
- 

DURCHFÜHRUNG

METHODISCHES KONZEPT

KOMMUNIKATION

WERTSCHÄTZENDE HALTUNG



Das in der Vorbereitungsphase erarbeitete Konzept zum Partizipationsprozess dient als Leitfaden für die nun bevorstehende Durchführung. Wenn es neue Entwicklungen erfordern, muss das Konzept entsprechend angepasst werden. Wichtig ist dabei, den Beteiligten die für sie relevanten Änderungen transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren.

Partizipationsprozesse werden durch eine offene und wertschätzende Haltung gegenüber der Öffentlichkeit geprägt. Dazu gehört die Beteiligten dort abzuholen, wo sie stehen und die eingebrachten Beiträge unvoreingenommen zu prüfen. Killerphrasen wie «Das geht nicht. Das haben wir immer anders gemacht. Das machen wir sicher nicht so.» sollen vermieden werden. Grundsätzlich wird in Partizipationsprozessen eine einfache, allgemeinverständliche Sprache gepflegt.

BESONDERHEITEN BEI KOOPERATION UND MITBESTIMMUNG

ANGEPASSTE METHODEN

**KLÄRUNG DER ZEITLICHEN RESSOURCEN UND
VEREINBARUNGEN ZUM UMGANG MITEINANDER**

INTERNE RESSOURCEN GESICHERT

ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

**WÜRDIGUNG DER BETEILIGTEN UND
IHRER BEITRÄGE**

INFORMATION DER ÖFFENTLICHKEIT

Methoden

Es gibt zahlreiche Methoden zur kooperativen Beteiligung der Bevölkerung in Partizipationsprozessen. Sinnvoll ist, die Methoden an das Thema, die spezielle Aufgabe, die Zielgruppen, das vorhandene Budget und den Zeitrahmen anzupassen.

Zeitliche Ressourcen und Vereinbarungen zum Umgang

Der voraussichtliche Zeitaufwand wird den Beteiligten ganz zu Beginn des partizipativen Prozesses mitgeteilt, damit sich diese darauf einstellen und entscheiden können, wie intensiv sie teilnehmen wollen. Grundsätzlich gilt, dass Kooperationen an den tiefsten Ressourcen der Beteiligten orientiert sein sollen, um Abgänge aus Zeitgründen während des laufenden Prozesses zu vermeiden.

Interne Ressourcen

Neben den Ressourcen der beteiligten Öffentlichkeit, muss auch der eigene Aufwand gut geplant und gesichert sein. Dasselbe gilt für weitere, auch nur punktuell beteiligte Akteure aus anderen Dienstabteilungen.

Entscheidungsfindung

Die Beteiligten vereinbaren einen Modus der Entscheidungsfindung (wann wählt man Mehrheitsentscheidungen, wann soll ein Konsens ausgehandelt werden).

Würdigung der Beteiligten

Die Beteiligung an partizipativen Prozessen geschieht in der Regel in der Freizeit und ohne Entgelt, während Mitarbeitende der Verwaltung in ihrer bezahlten Arbeitszeit teilnehmen. Es ist deshalb wichtig, einen gewissen Ausgleich zu schaffen und auch unentgeltlich geleistete Arbeitsstunden und das eingebrachte Fachwissen aller Beteiligten entsprechend zu würdigen.

Information der Öffentlichkeit

Auch wenn in einem partizipativen Prozess alle betroffenen Interessen repräsentiert sind, ist die Breitenwirkung durch die beschränkte Teilnehmendenzahl in der Regel gering. Daher sollte auch die breite Öffentlichkeit aktiv über den Beteiligungsprozess und seine Ergebnisse informiert werden.

DOKUMENTATION

DOKUMENTATION DER ERGEBNISSE

DOKUMENTATION DER ERFAHRUNGEN

ÜBERPRÜFUNG DER ZIELERREICHUNG

Dokumentation der Ergebnisse

Bei allen politischen Prozessen und bei Planungsvorhaben sind die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger per Gesetz, politisch oder verfassungsrechtlich dazu befugt und dafür zuständig, die endgültige Entscheidung zu treffen. Ein partizipativer Prozess verschiebt oder schmälert diese Kompetenzen nicht. Bei der Entscheidung sollten die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses jedoch berücksichtigt werden, was in diesem Fall heisst, dass sich die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger mit den Ergebnissen respektvoll auseinandersetzen und diese so weit wie möglich in die Entscheidung einfließen lassen. Dazu müssen die Ergebnisse anschaulich und vollständig dokumentiert sein.

Dokumentation der Erfahrungen

Jeder durchgeführte Partizipationsprozess bereichert den Erfahrungsschatz, gleichgültig, ob er erfolgreich oder weniger erfolgreich verlaufen ist. Wesentlich ist, aus diesen Erfahrungen zu lernen und diese Erfahrungen auch weiterzugeben, damit nicht jedes Mal wieder bei Null begonnen werden muss. Ziel der Erfahrungsdokumentation ist systematisches Lernen und der Aufbau von Partizipationskompetenz innerhalb der Verwaltung und darüber hinaus.

Überprüfung der Zielerreichung

Nach Abschluss des Beteiligungsprozesses ist es sinnvoll zu überprüfen, ob die angestrebten Ziele, die in der Vorbereitungsphase festgelegt worden sind auch tatsächlich erreicht wurden. Je klarer die Ziele definiert wurden, desto einfacher fällt die Überprüfung ihrer Erreichung.

ANHANG



BEISPIELE 1

» VORBEREITUNG



ZUKUNFT QUARTIER, WÜFLINGEN LEBENSRAUM FÜR ALTE MENSCHEN

- » Vorbereitung durch Fachstellen aus der Stadtverwaltung zusammen mit Akteuren aus dem Quartier (frühe Partizipation) und der FHS St.Gallen
- » **KONTAKT:**
Departement Soziales, Alter und Pflege



TÖSS

- » Vorbereitung durch die HSLU Hochschule Luzern und die ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften mit Fachstellen aus der Stadtverwaltung
- » **KONTAKT:**
Fachstelle Stadtentwicklung



AKTIONSPLAN HAUPT- BAHNHOF (AHAB)

- » Runder Tisch am Anfang von Phase 1
- » Beteiligte: Stapo, Kapo, SBB, Securitrans, private Sicherheitsfirmen, Suchtprävention, Strasseninspektoriat, Gastronomie, Gewerbe etc.
- » Ziel: Gemeinsame Verantwortung, Zusammenarbeit, Beiträge aller Beteiligten an eine Lösung
- » Einwand: der weitere Prozess ist nicht partizipativ, die Nutzersicht fehlt
- » **KONTAKT:**
Stadtpolizei, Quartiere und
Innenstadt

BEISPIELE 2

» INFORMATION



SPIELPLATZ NÄGELSEE

SPIELPLATZ ZELGLI

- » erfolgreiche Partizipation durch aktive und transparente Information (Leute fühlen sich angesprochen)
- » Adressatengerechte und transparente Kommunikation in jeder Projektphase
- » Projekt in Kooperation mit der Stadtgärtnerei
- » Kreative, partizipative Zusammenarbeit mit Nutzerinnen und Nutzern: Ideenworkshops (vgl. Kooperation), Begehungen vor Ort
- » **KONTAKT:**
Fachstelle Quartierentwicklung

UNG TIL JH



RAUM FÜR BEWEGUNG UND SPORT

- » Die Botschaften «Sport- und bewegungsfreundliche Stadt» und «Jeder kann sich vor seiner Haustüre bewegen» kamen bei der Bevölkerung früh an
- » laufend auf Homepage dokumentiert
- » **KONTAKT:**
Sportamt

BEISPIELE 3

» DURCHFÜHRUNG



GÜETLI

- » Das Projekt wurde von einer Begleitgruppe (Nutzerinnen und Nutzer, Verwaltung) unterstützt
- » alle relevanten Akteure waren einbezogen
- » das Projekt war an den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer orientiert
- » offene Kommunikation im ganzen Prozess
- » Würdigung der Beteiligten (Vereine, Verwaltung, Private)
- » **KONTAKT:**
Stadtgrün Winterthur



TÖSS

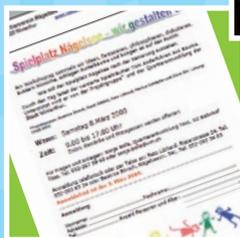
- » Das Projekt wurde durch eine Spurgruppe begleitet
- » komplexes Vorhaben
- » Zukunftskonferenz als hoch partizipatives Instrument eingesetzt (aktivierend)
- » kritische Evaluation (nicht erreichte Zielgruppen)
- » Erfahrung für weitere Prozesse
- » **KONTAKT:**
Fachstelle Stadtentwicklung

RAUM FÜR BEWEGUNG UND SPORT

- » Kooperative Planung mit rund 30 Personen aus Politik, Schule, Vereinen, Verwaltung, Ausländerbeirat, Pro Senectute, Skater, Hochschülerinnen und -schüler
- » Begehungen mit Seniorinnen, Senioren, Schülern und Schülerinnen
- » **KONTAKT:**
Sportamt

BEISPIELE 4

» KOOPERATION UND MITBESTIMMUNG



SPIELPLATZ NÄGELSEE

- » Entwicklung und Umsetzung mit den Nutzerinnen und Nutzern gemeinsam
- » Projekt mit Pilotcharakter
- » **KONTAKT:**

Fachstelle Quartierentwicklung



GÜETLI

- » Befragung zur Nutzung der Allmend als Basis der Partizipation
- » Begleitgruppe während Umsetzung
- » Öffentliche Veranstaltung, Diskussion
- » Partizipative Umsetzung
- » **KONTAKT:** Stadtgrün Winterthur

BEISPIELE 5

» DOKUMENTATION



RAUM FÜR BEWEGUNG UND SPORT (HANDBUCH)

- » Handbuch mit Leitsätzen und Empfehlungen als Ergebnis des partizipativen Prozesses
- » Partizipation als Empfehlung bei weiteren Umsetzungen
- » Humorvolle Öffentlichkeitsarbeit mit dem «Sportpass Green»

» KONTAKT:

Sportamt



ZUKUNFT QUARTIER, WÜLFINGEN

LEBENSRAUM FÜR ALTE MENSCHEN

- » Umsetzungskonzept liegt vor
- » Standortbestimmung hat stattgefunden
- » Zielerreichung überprüft
- » **KONTAKT:**
Departement Soziales, Alter und
Pflege

